

Wenn der Markt nicht spielt, greift der Staat ein

Die Kritik an Gesundheitsminister Couchevin ist heftig. Dabei liegt die Schuld an der Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht bei ihm, schreibt *Francesco Benini*

Von allen Seiten wird Gesundheitsminister Pascal Couchevin zurzeit kritisiert. Mit der Ankündigung einer Praxisgebühr von je 30 Franken für die ersten sechs Arztbesuche innerhalb eines Jahres hat er in ein Wespennest gestochen. Da scheitert ein Politiker mit echten Gesundheitsreformen und schustert im Eilverfahren ein paar kostendämpfende Massnahmen zusammen, die sein Versagen kaschieren sollen - so der Tenor der Reaktionen.

Couchevin ist nicht das einzige Mitglied der Landesregierung, das den passenden Zeitpunkt für den Rücktritt verpasst hat. Und das Gesetzespaket, das er diese Woche vorstellte, hat in der Tat etwas von Flickschusterei. Doch wie ist es dazu gekommen? Das Bundesparlament berät seit Urzeiten über Reformen, die den Wettbewerb im Gesundheitssektor stärken würden. Zuvorderst zu nennen ist die Aufhebung des Vertragszwangs zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern. Dass die Kassen verpflichtet sind, die Leistungen jedes einzelnen Arztes zu bezahlen, ist ein alter Zopf - den sich die Parlamentarier nicht abzuschneiden trauen.

Die National- und Ständeräte lassen sich von den Lobbyisten der Ärzte einseifen und finden stets neue Ausreden, um diese Entscheidung vor sich her zu schieben. Sie geben ein jämmerliches Bild ab. Jene Parteien, die nun den Gesundheitsminister hart kritisieren, haben Parlamentarier in ihren Reihen, die seine Reformvorlagen verschleppen, ohne bessere Lösungen zu präsentieren. Von der Aufhebung des Vertragszwangs hätte kein Arzt etwas zu befürchten, der seine Patienten professionell und effizient behandelt. Im Kampf um die Erhaltung einer geschützten Werkstatt operieren die Ärzteorganisationen erfolgreich mit dem Schlagwort der «Wahlfreiheit» - das hohl ist, denn auch ohne Vertragszwang könnten die Patienten zwischen Hunderten von Ärzten wählen (die sie, nebenbei bemerkt, kaum kennen). Es geht bei dieser Reform vor allem darum, jene Ärzte auszusortieren, denen es in offensichtlicher Weise an Fachkompetenz und Kostenbewusstsein gebricht.

Den Bundesparlamentariern sollte es gelegentlich dämmern, dass die Branchenverbände und Berufsorganisationen im Gesundheitswesen bloss ihre Eigeninteressen verfolgen und ihnen die gesellschaftliche Gesamtbetrachtung egal ist. Pharmaprodukte von der Zulassung der Parallelimporte auszunehmen, wie es das Parlament beschlossen hat, nützt allein der Pharmaindustrie, sonst niemandem. Wenn es im Gesundheitswesen die Berufsverbände schaffen, Reformen zu blockieren, die mehr Wettbewerb zur Folge hätten, ist das Ergebnis eine ungebremste Ausweitung der Leistungen zulasten der Allgemeinheit - und entsprechend stark steigende Prämien. Um den Prämienchock abzufedern, greift der Staat ein, unter anderem mit einer Praxisgebühr und der Aufstockung der Prämienverbilligungen, die bereits ein kolossales Ausmass angenommen haben. Das sind Schritte hin zu einer Staatsmedizin, die in diesem Land nur wenige wollen. In einem ohnehin stark

reglementierten System spielt der Markt nicht so, wie er spielen könnte, wenn man nur die Regeln ein wenig lockerte. Die logische Folge davon ist, dass der Staat mehr Kompetenzen an sich reisst.

Die Praxisgebühr erhöht den administrativen Aufwand, wie es sich für eine staatliche Massnahme gehört. Sie setzt aber an der richtigen Stelle an, denn ein Grundübel des Schweizer Gesundheitssystems liegt darin, dass die Versicherten nahezu unbeschränkt Leistungen in Anspruch nehmen können, ohne die finanziellen Konsequenzen zu spüren. Ist die Franchise bezahlt, machen sich nicht wenige Leute auf zur grossen Einkaufstour auf dem Gesundheitsmarkt. Niemand hindert sie daran, die Kosten bezahlen andere, und oft sind diese Leute physisch kerngesund. Die Praxisgebühr ist eine Massnahme hin zu mehr Selbstverantwortung. Es kann nicht schaden, wenn man sich überlegen muss, ob ein Besuch beim Arzt wirklich nötig ist. Die Gebühr von 30 Franken ist eher zu tief angesetzt. Nur wenn die Patienten finanziell stärker in die Pflicht genommen werden, entwickeln sie ein Bewusstsein dafür, wie viel medizinische Leistungen effektiv kosten. Gleichzeitig steigt mit der Gebühr der Druck auf die Parlamentarier, tiefgreifende Reformen nicht länger zu vertändeln.

Das Schweizer Gesundheitssystem funktioniert nicht schlecht. Es gibt kaum lange Wartezeiten für Behandlungen, die meisten Ärzte sind gut qualifiziert, das Pflegepersonal ist aufmerksam. Weil das System aber einlädt zur Selbstbedienung aller Beteiligten und folglich zu Kostenschüben, die weit über der Teuerung liegen, wird in diesem Land übermässig viel Geld für das Gesundheitswesen aufgewandt. Damit muss es ein Ende haben. Wenn es nicht gelingt, die Entwicklung der letzten Jahre zu brechen, ist bald die Mehrheit der Schweizer im Gesundheitswesen tätig. Irgendjemand sollte aber noch etwas produzieren in diesem Land.

© **NZZ am Sonntag**